A4 Sozialpolitik

Gremium:	Schreibgruppe
Beschlussdatum:	11.03.2019
Tagesordnungspunkt:	1. Programmkapitel

Text

Zentrale Aufgabe GRÜNER Sozialpolitik ist die Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Stadtgesellschaft.

Kommunale Sozialpolitik muss daher vielfältige Hilfen und flexible Angebote bieten.

Soziale Probleme

Wir fordern daher neben der jetzt schon möglichen Beitragsbefreiung für die Betreuung von Kindern aus einkommensschwachen Familien eine konsequente Befreiung von Beiträgen für Mahlzeiten in den Einrichtungen.

Angebote in den Quartieren wollen wir ortsnah und möglichst unbürokratisch gestalten. Dies betrifft z.B. Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche oder Beratungsangebote (Erziehung, Gesundheit, Finanzen etc.).

Wir fordern eine Ausweitung des Beratungsangebots durch Präventionsfachstellen. Wir wollen die bestehenden Beratungsstrukturen und sozialen Dienste in der Stadt stabilisieren und sichern.

Menschen mit Behinderung – konsequente Einbeziehung, Barrierefreiheit und Inklusion

Wir fordern ein Barrierefreies Freiberg, dies bedeutet Barrieren konsequent abzubauen. Wir wollen die Barrierefreiheit und das schwellenlose Bauen und Sanieren praktizieren und fördern.

Wir fordern die konsequente Einbeziehung des Behindertenbeirats in städtische Abläufe und Entscheidungsprozesse und Berücksichtigung seiner Anliegen sowie aufgabengerechte finanzielle Ausstattung. Unser Ziel ist es, Inklusion auf allen Ebenen zu leben und Begegnungsmöglichkeiten

zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen und zu fördern.

Alt werden in Freiberg

GRÜNE Politik ist auch Politik für SeniorInnen. Wir wollen, dass alte Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können, auch wenn sie körperlich beeinträchtigt, auf Pflege angewiesen oder an Demenz erkrankt sind.

Wir fordern bei der Bestandssanierung und beim Bau neuer Wohnanlagen auf barrierefreie Standards zu setzen, sowie die Prüfung der Auflage eines ‚Freiberger Förderprogramms für seniorengerechtes Bauen'. Wir unterstützen die Förderung neuer Wohnformen für Ältere (gemeinschaftliche Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaften), sowie die Einführung eines Quartiersmanagers für die Steuerung und Planung in Stadtteilen und Ortschaften. Wir wollen den Auf- und Ausbau von Pflegewohnungen unterstützen, sowie den Ausbau von ambulant betreuten Demenz-Wohngemeinschaften

durch kommunale Anschubförderung verstärken. Unser Ziel ist die Erreichung einer attraktiven Mobilität für ältere Menschen.

Im Zentrum GRÜNER Pflegepolitik steht der Ansatz, den Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben auch bei Pflegebedürftigkeit oder Demenz zu ermöglichen.

Wir fordern die Absicherung und den bedarfsgerechten Ausbau der gemeinwesenorientierten Fachberatungsstellen für SeniorInnen zur Beratung und Vermittlung von Hilfen. Wir wollen Sorge für demente Bürger durch den weiteren Ausbau von unterschiedlichen Maßnahmen zur Tagesbetreuung tragen.